

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 7 (1893)

106 (22.6.1893)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-226121](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-226121)

Norddeutsches Volksblatt.

Organ für Vertretung der Interessen
des werththätigen Volkes.

Redaktion und Expedition: Bant, Adolphstraße Nr. 1.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn-
und gesetzlichen Feiertagen.
Inserate die viergespaltene Zeile 10 A
bei Wiederholungen Rabatt.
Postzeitungsliste Nr. 4757.

Abonnement
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . . 2,10 M.
für 2 Monate . . . 1,40 "
für 1 Monat . . . 0,70 "
regl. Postbefreiung.

Inseraten-Einnahme für die laufende Nummer bis spätestens Mittags 1 Uhr. Größere Inserate werden früher erbeten.

Nr. 106.

Bant, Donnerstag den 22. Juni 1893.

7. Jahrgang.

Wähler! Parteigenossen! Agitirt kräftig für die Wahl unseres Kandidaten Paul Sng.

Das Wahlrecht in Gefahr.

Ein Mahnwort zu den Stichwählern.

Der „Vorwärts“ hatte kürzlich berichtet, daß das Berliner Volkstribunal aufgefordert worden sei, über die Wirkung sich zu äußern, welche eine Abänderung des allgemeinen Wahlrechts haben würde. Diese Notiz veranlaßte den Volkstribunalpräsidenten in Berlin, v. Richterhofen, zu einer Berichtigung in unserm Zentralorgan, in der die Mitteilung des „Vorwärts“ für unbegründet erklärt wurde. Inzwischen hat nun der „Vorwärts“ weitere Erläuterungen eingegeben, woraufhin er die von ihm gebrachte Nachricht als vollkommen zutreffend bezeichnet. Das politische Dementi betreffe nur die Form der Mitteilung. „Herr von Richterhofen ist nicht allwissend, und unsere Wahlrechtsnotiz ist ebenso echt, wie der Brief des Hrn. Albrecht“, schrieb der „Vorwärts“.

Nun wird der ultramontanen „Röln. Volkszeitung“ zu den offiziösen Behauptungen, „das Reichstagswahlrecht sei keineswegs in Gefahr, aus Berlin geschrieben:

„Wir wollen Niemandem raufen, auf diese Dementis Wähler zu lauen. Wer nämlich in hiesigen Regierungskreisen verkehrt, wird kaum einen einsigen Anhänger des allgemeinen Wahlrechts antreffen. Ist alle Deute machen das Reichstagswahlrecht für sämtliche Kalamitäten, unter denen Reichsregierung und Reich leiden, verantwortlich. Es ist zweifellos, daß viele Stimmungen über kurz oder lang in irgend einer Form einen gesetzlichen Niederschlag finden wird. Wenn das dementirt wird, so suchen wir Wohl die Kisten. Man lauzet so etwas so lange ab, bis eine betrübende Vorlage ausgearbeitet wird. Wer sich aber bemüht, die Stimmungen kennen zu lernen, kann mit viel mehr Sicherheit sagen, was später passiren wird. Der Kezer unserer Regierungskreise über das allgemeine Wahlrecht wird sich schon zu Gelegenheiten bedürfen, so bald wir nur eine passende Mehrheit, etwa nur eine Kartellmehrheit, im Reichstage haben. Ich habe in Kreisen dieser hoher Staatsbeamten zwei Meinungen vertreten gefunden. Die „gemäßigte“ Anschauung wolle „nur“ die Minimalgrenze des Wahlrechts zum 25. bis zum 30. Lebensjahr ausdehnen und die gebräuchlichste Stimmenabgabe abschaffen. Dies wüßte am meisten den Konservativen und den Nationalliberalen, als den Parteien, die vorzugsweise Wahlkennzeichen zu gute kommen. Es ist ja selbstredend, daß massenhaft Arbeiter entlassen würden, die einen sozialdemokratischen Stimmzettel abgeben. Wären ist aber selbst diese „Reform“ noch lange nicht genügend. Sie wollen das ganz allgemeine Wahlrecht abschaffen. Die Verantwortung der Frage nach einem Gesetz ist verschiedenartig; am meisten neigt man sich der Ansicht zu, einen Entzast aus den Landtagen als Reichstag funktionieren zu lassen. Die Einzel-Landtage sollen die Reichstags-Abgeordneten wählen — ein Plan, der übrigens viele Schwierigkeiten hat. Dafür ist auch das Ziel desto verdienstlicher, welche man doch auf diese Weise einen Reichstag zusammenbringen, der nicht einen einzigen Sozialdemokraten zählt. Das wäre doch schon des „Schweigs der Stille“ werth.“

Wähler, seid auf der Hut, die Staatsstreicher wählen rafflos weiter. Unumstößlich fest steht es, daß sie Hand legen wollen an das höchste, an das einzige politische Recht der Volksmasse, an das Wahlrecht. Wie sie es zu Grunde richten wollen, die Reaktionen aller Schattierungen, darüber mögen sie noch uneins sein. Sicher aber ist, daß sie einen Gewaltstreich planen.

Kommt in den Stichwahlen eine Kartellmehrheit, eine konservativ-nationalliberale Kurzar-Majorität zu Stande, dann wird dieser Gewaltstreich vermittelst, und die rothe Gewalt des Geldsacks, des Junkerthums, der Baumwoll- und Kohlenritter triumpht über den Kulturfortschritt, über die Freiheit.

Ob schrittweise oder mit einem Schlag das Wahlrecht zerhört wird, ist eine Frage zweiten Ranges. Wie die siebenköpfigen Staatsweisen des Reichstags sich erschöpfen in tausend Pfiffen und Knäufen, um das Wahlrecht zu erdroffen, man sieht es. Die geheime Wahl, dieser naturunthunliche Schutz gegen die Dmacht des mehrgeltenden, bedrückenden, verfolgten, bössartigen Unternehmertums, gegen die Späher und Angeber, die den kleinen Beamten, den Staatsarbeitern auslauern, sie soll beseitigt werden. Schulze und Gendarm, Wertmessen und Landrath, Obersteiger und Bergaufseher, sie sollen wissen, wie der Arbeitmann wählt. Die Folgen kann Jeder sich an den Fingern abzählen.

Oder in der landläufigen Herentunde soll ein Säckchen gestocht werden, worin keine Spur von „Güte“ des Sozialismus sein wird, siebenfach gesticht und dekultirt. Und das ausgebeutete Volk soll diesem erzpatriarchalischen Künzler aller volkseindlichen Strebungen und Gemalten wehrlos ausgeliefert werden, ein zur Schlachtbank geführtes Opfer.

Andere Spitzgesellen des Despotismus wollen das gleiche Wahlrecht abschaffen, das heißt, der Jenseus, der Geldsack soll entscheiden. Je höher das Einkommen,

desto größer das Wahlrecht! Die Krupp und Bleichröder, die Stumm und Nothschild, die Fürst Fleß und die Hansemann, die Reaktionen, die Volksbedrücker, die Ausbeuter werden dann wie im Landtage, nein, noch viel mehr sogar als unter dem jetzigen Klassenwahlsystem der Landtage, die Entscheidung in der Hand haben, und der Proletariat, der kleine Mann hat das Nachsehen. Er mag sich schweigend auslaugen lassen.

Wähler! Ihr habt es in der Hand, die Stichwahlen zum glücklichen Ende zu führen. Macht die schädlichen Nachwirkungen der Wahlrechtsänderung zu nichts und jetzt am 26. Juni, das Ihr dem herrschenden System entgegenstellt das volkerbelebende, demokratische, die Klassenherrschaft zertrümmernde System des Sozialismus.

Politische Rundschau.

Bant, den 21. Juni.

Nach offiziöser Meldung sind zur Stunde 396 Wahlergebnisse bekannt; Nachricht fehlt nur noch aus einem Kreise, der bisher von einem Wahlen vertreten war. Gewählt sind 213 Kandidaten. Stichwahlen finden 183 statt. Gewählt sind: Konservativ 50 (65); (in den Klammern ist der Befehlstand der Parteien im aufgelösten Reichstage angegeben), Reichspartei 9 (18); Nationalliberale 18 (41); Freisinnige Volkspartei 0 („Freisinn“ 67) Freisinnige Vereinigung 3; Süddeutsche Volkspartei 4 (10); Centrum 81 (108); Polen 13 (17); Elsäßer 6 (10); Däne 1 (1); Welsen 0 (4); Antisemiten 2 (5); Bund der Landwirthe 1 (0); bei keiner Fraktion 1; Sozialdemokraten 24 — Horn ist in Dresden-Land in Stichwahl, nicht wie es zuerst hieß, definitiv gewählt — (36). An den Stichwahlen sind betheiligt: 59 Konservative; 9 Bund der Landwirthe; 10 Reichspartei; 73 Nationalliberale; 32 Centrum; 14 freisinnige Vereinigung; 37 freisinnige Volkspartei; 10 süddeutsche Volkspartei; 11 Polen; 9 Welsen; 1 Elsäßer; 16 Antisemiten und 84 Sozialdemokraten. — Die Angaben sind nicht als durchaus sicher zu betrachten. Nimmt man sie zur Grundlage, so ergeben sich als bisher gewählt: Segen die Militärvorlage 114, für 99.

Bei den bevorstehenden Stichwahlen wird sich, so weit die Sozialdemokratie daran betheiligt ist, das Schauspiel von 1887 und 1890 wiederholen: die bürgerlichen Parteien werden geschlossen gegen sie Front machen. Besonders wird der gespaltene „Freisinn“ sich darin wieder zusammenfinden, daß er mit ganz vereinzelten Ausnahmen viel eher einem Reaktor, der für den Militarismus, für Erhöhung der indirekten Steuern, für die Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts eintritt, seine Stimme giebt, als einem Sozialdemokraten. Es giebt eben nichts Feineres und Verrätherischeres, als den fortschrittlichen Philister. Charakteristisch ist das Verhalten der „freisinnigen“ Presse Berlins. Diejenigen Blätter, die die Parole ausgeben: In der Stichwahl für die Sozialdemokratie und gegen die Reaktion! sind ganz vereinzelt und ohne Einfluß auf weite Bezerkreise; die richtigen Prediger in der Wüste! Die großen, „respektablen“ Organe aber, die „Vossische Zeitung“ voran, schreiben nach einem Bündnis des Bürgerthums zum Schutz gegen die sozialdemokratische Hochfluth. Das thut dieselbe „Vossische Zeitung“, die wenige Tage vor der Hauptwahl in die heuchlerische Klage ausbrach, die Sozialdemokratie hätte dem „freisinnigen Bürgerthum“ doch fürchterliches Unrecht, daß sie es in ihren Wahlflugblättern in den Topp der einen reaktionären Masse werfe. — Jammersoll ist das Verhalten Eugen Richters zur Frage der Stichwahlstaktik. Das er für die guten Rathschläge der „Voss. Jg.“, des „Vorj. Cour.“, des „Berl. Tagebl.“, der „Verl. Morgenzeitung“ u. s. w. kein Wort des Tadels hat, ist selbstverständlich. Schwingt sich doch die Parteileitung, der er angehört, nicht zu einer gemeinsamen Parole für die Stichwahlen auf. Die örtlichen Komitees sollen sich in Verbindung mit dem Zentralwahlbureau der Partei in jedem Falle besonders entscheiden. Damit ist der schmachlichste Umfall möglichst erleichtert. Dabei spricht Eugen Richter die Befürchtung aus, das Gesamtergebnis der Wahlen könne ein neuer Kartellrechtstag sein. Möglich, daß diese Gefahr besteht, verhindert kann sie aber natürlich nur dadurch werden, daß die „Freisinnigen“ bei den zahlreichen Stichwahlen zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen oder Konservationen für die ersteren stimmen. In

der Molluskenbreinatur des Freisinn ist aber kein Tropfen demokratischen Blutes mehr vorhanden. Die blinde Furcht vor der Sozialdemokratie, die seiner Ausbeuterart entspringt, beherrscht ihn ganz und beschleunigt seinen Untergang. Und deshalb drückt sich Eugen Richter feige vor jeder entschiedenen Stellungnahme.

Die Einberufung des neuen Reichstages soll zwischen dem 4. und 11. Juli erfolgen.

Die Konservationen des zweiten Berliner Wahlkreises und die Antisemiten aller Berliner Wahlkreise haben beschlossen, sich bei den bevorstehenden Stichwahlen in Berlin nicht zu betheiligen. Bekanntlich kommen in Berlin die Sozialdemokraten nur mit Freisinnigen in die Stichwahl. Zum Dank hierfür hat der geschäftstreibende Ausschuss der freisinnigen Partei in Schleswig-Holstein die Parole ausgegeben, daß die freisinnigen Wähler bei den Stichwahlen in allen Schleswig-holsteinischen Kreisen gegen die Sozialdemokratie stimmen und durch rege Betheiligung an der Wahl den Sieg der bürgerlichen Parteien sicherstellen mögen. Das Wahl-Ergebnis in Schleswig-Holstein stellt sich wie folgt: 1 freisinniger Vereinigung (Lohme), 1 Nationalliberaler (Fiedorfen), 1 Konservativ (Graf Holstein), 1 Däne (Johannsen) und 2 Sozialdemokraten (Legien und Frohne). In 4 Kreisen (Schleswig, Flensburg, Pinneberg und Lauenburg) kommen die Sozialdemokraten zur Stichwahl, im 3. Kreise mit einem Freisinnigen (Lorensen) im 2. Kreise mit einem Nationalliberalen (Zebben) im 6. und 10. Kreise mit Konservationen (Holstein und Bernstorff).

Antliches Wahleresultat für Leipzig-Stadt: Pinfan 11784, Haffe 10826, Enke 7077, Richter 698, serplittert 19, zusammen 30404 Stimmen. Es hat also Stichwahl zwischen Pinfan (Soz) und Haffe (Kartell) stattgefunden. — Leipzig-Land: Geyer 35339, Webermann v. Sonnenberg 9146, Dr. Hans Blum 9143, Richter 625, serplittert 73, zusammen 52336 Stimmen. Die absolute Majorität beträgt 26169 Stimmen, mithin ist Geyer mit 7180 Stimmen Majorität gewählt und hat 14435 Stimmen mehr erhalten, als alle drei Gegner.

Für Eberfeld und Frankfurt a. M. sind die Stichwahlen auf Freitag, den 23. Juni, festgesetzt.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ meldet, hat der Wahlauschuss der deutschen Volkspartei den Parteigenossen empfohlen, bei der Stichwahl zwischen Oswald (natl.) und Schmidt (Soz.) die sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten.

Der fürchter Volkverein beschloß gegen eine geringe Minderheit, in der Stichwahl für den Sozialdemokraten Segh einzutreten.

Die Zentrumsteilung der Pfalz hat für die Stichwahl in Speyer-Frankenthal zwischen Nationalliberal und Sozialdemokratie Wahlenthaltung proklamirt. Die Nachricht von einer Unterbrechung der Sozialdemokratie durch das Centrum trifft also nicht zu.

Die württembergischen Wähler haben mit erdrückender Mehrheit gegen die Militärvorlage gestimmt. Abgegeben wurden 97345 Stimmen für und 205711 gegen die Militärvorlage.

Ganz aus dem Häuschen gerathen ist die nationalliberale „Mezer-Zeitung“ anlässlich des Wahlkampfes und der bevorstehenden Stichwahlen; das beweisen die fortwährenden Widersprechungen, die sich fast in jeder Nummer wiederholen. In der einen Nummer wird schwarz weiß und in der nächsten Nummer weiß schwarz gemacht. So wagte sie beispielsweise in ihrer gestrigen Morgen-Ausgabe mit dreier Stimme, zu behaupten, daß am Tage der Wahl das deutsche Volk zu Gunsten der Regierung gesprochen hätte, oder, wie es da wörtlich heißt: „Der Ausfall der Wahl hat vor Allem gezeigt, daß die Regierung die Nation hinter sich hat. Nicht gleich hat sich die Nation von der Nothwendigkeit der hohen Bewilligungen überzeugen können, aber allmählich ist die Stimmung in den weitesten Kreisen umgeschlagen. Freund und Feind, Inland und Ausland mögen sich davon überzeugen, daß dem deutschen Volke keine Lasten zu schwer sind, die zur Behauptung unserer Macht und Einheit, der Ehre und der jetzigen Grenzen des Vaterlandes unvermeidlich scheinen.“ — Das dies eine unverschämte Lüge ist, beweist zur Genüge das Stimmenverhältnis der einzelnen Parteien, die zwei Millionen Stimmen, die für die sozialistischen Kandidaten wahrscheinlich abgegeben sind. Ferner bedenke man, daß bei der „Mezer-Zeitung“ das

„Wolf“ gewöhnlich erst beim Großkaufmann, Reservelieutenant u. s. w. anfangt und man wird begreifen, aus was für Elementen das „Wolf“ bestanden hat, das sich am 15. Juni zu Gunsten der Regierung ausgesprochen haben soll. Jedoch bei der „Weser-Zeitung“ ist kein Ding unmöglich und so bricht sich in der kurzen Spanne Zeit von der Morgen- bis zur Mittagsausgabe die Erkenntnis Bahn, daß nach einem aus der Stichwahl zusammengestellten Ergebnisse im künftigen Reichstage immerhin noch eine nicht unbedeutende Majorität gegen die neue Militärvorlage zu haben sei. Darnach hätte sich also das Volk in überwiegender Mehrheit zu Ungunsten der Regierung ausgesprochen. An letzterem ist allerdings nicht zu zweifeln, aber nicht daran, daß die Militärvorlage angenommen werden wird. Umso mehr aber sollten die deutschen Wähler am Stichwahltag auf der Hut sein und nur einem Kandidaten die Stimme geben, der strikte auf dem Standpunkte steht: Der Regierung keinen Mann und keinen Groschen! Gesicht hier nicht, so werden dem deutschen Volke wieder ungeahnte schwere Kosten und Abgaben angesetzt.

Wahlkuria. In dem bayrischen Wahlkreise Erding-Rühlfors-Wasserburg hatte sich als Zentrums-kandidat der Münchener Monsignore Josef Knab um das Reichstagsmandat beworben. Wochen lang bereifte er den Kreis, hielt Versammlungen über Versammlungen ab und entwickelte die größten Kraftanstrengungen, um den Sieg zu erlangen. Da stellte sich plötzlich heraus, daß Hr. Knab als Ausländer — er war eine Zeit lang österreichisches Parlamentsmitglied! — überhaupt nicht wählbar ist, was der gute Mann garnicht gemut hat. In letzter Stunde mußte er seine Bewerbung zurückziehen und seines „Vertrahms“ wegen öffentlich um Entschuldigung bitten. Das geht denn doch über's Bohnenlied.

— Von unseren Genossen im Auslande, so u. A. aus Arafat, ter Bulowina, Italien, Wärien, Kroantien, Tirol, Dänemark u. s. w. sind dem „Vorwärts“ zahlreiche Glückwünschlittere aus Anlaß der für die Sozialdemokratie gänzlich Reichstagswahlen zugegangen.

— **Epileptische in unserem herrlichen Kriegsheere.** Der „Reichs-Anzeiger“ hatte sich kürzlich beiläufig die Nachricht zu überlegen, daß ein junger Mann mit einem Wanstauge als tauglich befunden worden sei. In das amtliche Regierungsorgan in der Lage, auch die Nachricht zu verbreiten, daß ein Epileptischer als tauglich befunden worden sei? Der Vater eines Ausgebobenen aus dem Bereiche des 7. Armeekorps desüßigt der „Frei. Ztg.“ diese Thatsache, indem er schreibt: „Mein an Epilepsie leidender Sohn wurde im vorigen Jahre zurückgestellt, in diesem Jahre aber ausgehoben und seine Einstellung auch beim Obererziehungsamt bestätigt trotz aller Zeugnisse, die über sein epileptisches Leiden von Ärzten und von der höheren Bürgerliche bestrafte. Auch benannte ich Zeugen, welche Augenzeugen verschiedener epileptischer Anfälle gewesen sind.“ Man kann auf die amtliche Erwidrerung gespannt sein.

— **Sehr eilig hat es der Staatsanwalt,** wenn es sich um einen Sozialdemokraten handelt. In der Woche vor der Wahl hielt der Schriftsteller Bedebour in einer sozialdemokratischen Wählerversammlung im 5. Berliner Wahlkreise eine Rede. Acht Tage später hatte er bereits eine Anklage wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen — es handelt sich natürlich um den Militarismus — in Händen.

— **Reichsversicherungsamt.** Am 30. Septbr. d. J. wird die Amtsbauer der beiden auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes von den Genossenschaftsvorständen und den Ausführungsbehörden, sowie der beiden von den Vertretern der verarbeiteten Arbeiter aus ihrer Mitte gewählten unabhängigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes und ihrer Stellvertreter ihr Ende erreichen. Es

sind daher vor jenem Tage die erforderlichen Neuwahlen vorzunehmen. Für jedes der zu wählenden Mitglieder sind Stellvertreter nach Bedürfnis zu bestellen. Die Zahl dieser Stellvertreter ist vom Reichsversicherungsamt auf je zwölf für jedes Mitglied festgelegt worden. Als Wahlkörper kommen für die gegenwärtige Wahl die Vorstände sämtlicher gewerblichen Berufsgenossenschaften und die auf Grund des Ausdehnungsgesetzes und des Baumfallversicherungs-gesetzes bestehenden Ausführungsbehörden für Reichs- und Staatsbetriebe, sowie die nach dem letztgenannten Gesetze für leistungsfähig erklärten Verbände und die entsprechenden Arbeiter-Vertreter in Betracht, und zwar, wie ein jüngst erlassenes Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes ausdrücklich hervorhebt, nicht nur die ausschließlich vom Reichsversicherungsamt ressortirenden, sondern auch die den Landesversicherungsämtern unterstehenden Genossenschaftsvorstände und ebenso die Ausführungsbehörden in Bundesstaaten, die Landesversicherungsämter errichtet haben. — Gleichfalls am 30. September d. J. wird die Amtsbauer der zwei auf Grund des landwirtschaftlichen Unfallversicherungs-gesetzes von den Genossenschaftsvorständen und Ausführungsbehörden aus ihrer Mitte gewählten unabhängigen Mitglieder des Reichsversicherungsamtes aus dem Bereiche der Arbeitgeber beendet. Es sind also auch hier vor jenem Tage Neuwahlen vorzunehmen. Die Zahl der hier zu wählenden Stellvertreter ist bis auf Weiteres auf sechs für jedes Mitglied festgelegt worden. Für beiderlei Wahlen sind an die Beteiligten dieser Tage die auszufüllenden Stimmzettel verandt worden.

— **Eigenlob riecht nicht gut.** — dieses wahre Wort hätte der Verfasser eines jetzt die Runde durch die „gutgenähte“ Presse machenden offiziösen Artikels über die Erhebungen, vtr. die Arbeitzeiteit, Räumigungsarbeiten und Lehrlingsverhältnisse im Handelsgewerbe, in seinem eigenen Interesse beherzigen sollen. Denn die Belobigungen, die er dieser Enquete zu Theil werden läßt, fordern noch wenigerweise den schärfsten Widerspruch heraus. Erst vor Kurzem ist auf dem Verbandstage der deutschen kaufmännischen Vereine die Unternehmung von berufener Seite einer ebenso eingehenden wie abfälligen Kritik unterzogen worden, deren volle Berichtigung durch die offiziöse Vertheidigung eher bemerken als vereint wird. Schon allein die Thatsache, daß im ganzen deutschen Reiche nicht mehr als 8235 Fragebogen in Betreff des Handelsgewerbes ausgegeben worden sind, beweist zur Genüge, daß von einer vollständigen und einer eingehenden Untersuchung der zu erforschenden Zustände nicht die Rede sein kann, und wenn man sich gar dessen erinnert, was in Görlich über die Art der Vertheilung der Fragebogen mitgetheilt wurde, so wird man den Werth des Enqueteresultats erst recht nicht besonders hoch anzufragen geneigt sein. Anstatt sich in ganz und gar unangebrachten Lobhudeleien zu erlassen, thäten die Offiziösen besser, bei in Betracht kommenden Behörde die laut geäußerte Kritik recht ausdrücklich vorzuhalten und für die Zukunft auf zweckmäßige Abänderungen des Verfahrens zu dringen. Wie mangelhaft indessen die Resultate der kaufmännischen Enquete auch sein mögen, eines ergeben sie trotzdem mit erschreckender Klarheit, was allerdings keinen Renner der einschlägigen Verhältnisse übersehen kann, das nämlich im Kaufmannsgewerbe, namentlich in den Ladengeschäften, die Arbeitzeiteit im Allgemeinen eine ganz unerträglich lange ist. Fast in der Hälfte aller offenen Ladengeschäfte mit Waaren des täglichen Bedarfs ist eine tägliche Arbeitszeit von mehr als 14 Stunden gebräuchlich — also für eine ganze Armee von jungen Männern und Mädchen! — und von den Kolonialwaaren- und Materialwaaren-geschäften haben sogar 84 Proz. eine solche übermäßige Arbeitszeit, während nur 15 Proz. aller Waarengeschäfte eine Arbeitszeit von weniger als zwölf Stunden haben. Das sind geradezu unmögliche, gesund-

heitsgefährliche und daher unhaltbare Zustände, zu deren Abschaffung wesentlich die Enquete der erste Schritt ist. Und nun bedenke man, daß sogar das bischen Sonntagsruhe, welches das Gesetz den kaufmännischen Angestellten jetzt gewährt, Gegenstand der bestigsten Angriffe seitens eines Theiles der Prinzipale ist! Man sollte meinen, die Regierung könne Angesichts des Ergebnisses der Enquete über die Antwort, die sie den Beschwerdebefragten zu erteilen hätte, nicht im Zweifel sein.

— **Aus der Ferienkolonie.** Ueber die Erkrankung der Soldaten in München erzählt die „Münch. Post“ noch Folgendes: Die Stimmung unter den Soldaten ist eine sehr gedrückte, da täglich mehrere neue Erkrankungen und auch einige Todesfälle vorkommen. Die Zahl der bis jetzt Erkrankten beläuft sich auf ca. 800. Die Soldaten halten die Krankheit mehr für Hunger- als für Interleik's. Typhus und geben durchwegs der schlechten Verpflegung- und Ernährungsweise die Schuld. Doch sind sie in ihren Äußerungen sehr vorsichtig, da ihnen von Seiten des Regiments strenges Stillschweigen zur Pflicht gemacht worden ist. Ferner wird genannter Blatte noch mitgetheilt, daß zwei geforderte Soldaten von der 9. Compagnie freit wurden, wobei sich ergab, daß beide Männer durch Weinipahn vergiftet waren. Eine Erklärung von Seiten der Militärbehörden ist bis jetzt noch nicht erfolgt.

— **Offizierspensionen.** In Bayern beziehen 7009 Feldwebel, Unteroffiziere und Soldaten zusammen 1.277.424 M. Pension, kommen auf jeden durchschnittlich 182 M.; aber auf 1269 pensionierte Offiziere kommen über 3 1/2 Millionen M., somit auf jeden ziemlich 3000 M. Davon beziehen 42 pensionierte Generale 429.956 M., also jeder durchschnittlich 9555 M., 81 Obersten 508.064 M., das ist für jeden 6272 M., 82 Oberleutnants 361.001 M., das ist für jeden über 4400 M., 146 Majore 581.083 M., das ist für jeden ziemlich 4200 M., 337 Hauptleute und Rittmeister erhalten 766.197 M., das ist für jeden ziemlich 3000 M. Den Rest bilden 291 Leutnants mit je fast 2000 M. Pension.

— **Schweinhagen (auch Schwenhagen)** hiedertlich verfolgt. Der bekannte Schweinhagen, seines Zeichens Epistel, Mitarbeiter der „Freizeitung“ und Abward'iger Rabau-Antikemist, wird jetzt von der Berliner Staats-anwaltschaft hiedertlich verfolgt. Die Unternehmung ist über ihn wegen Mangel-Belobigung verhängt worden. Er hat es aber vorgezogen, sich rechtzeitig zu drücken. Seitdem Herr Krüger nicht mehr im Amte war und seine schützende Hand nicht mehr über ihn breitete, war es mit Schweinhagen, auch äußerlich, dergab gegangen, nachdem er innerlich schon längst verlumpt war.

— **In dem bekanteten Roman-Projekt** stand am 19. Juni gegen den Redakteur E. Fischer von „Hamb. Echo“ und Rechtsanwalt A. Stadthagen Termin vor dem Landgericht zu Hamburg wegen Belobigung an. Der Staatsanwalt beantragte gegen Fischer eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten und gegen Stadthagen eine solche von 4 Monaten. Außerdem wurde die sofortige Verhaftung Fischer's beantragt. Der Gerichtshof setzte die Verurteilung des Urtheils auf Sonnabend den 24. Juni fest. Man darf jedenfalls auf das letztere gespannt sein.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 19. Juni. Gestern wurden drei zahlreich besuchte sozialdemokratische Versammlungen zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts abgehalten, von denen zwei ohne Zwischenfall verliefen, während bei der dritten ein unbedeutendes Renkontre zwischen Arbeitern und Schulheuten vorkam. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen, verlegt wurde Niemand.

Die Hand der Erbin.
Original-Roman von O. Reinold.
(Fortsetzung.)

Helene's Worte hatten den Ausdruck einer Resignation, welche Verthold schärfer und schneidiger in's Herz drang, als eine laute Klage oder ein heftiger Ausruf.

Er müßte denn auch seine eigene Erregung, so weit es in seinen Kräften stand, und sagte, wenn auch mit voller Bestimmtheit, so doch ohne Härte: „Ich würde nicht den Muth haben, mit einer Behauptung vor Sie hinzutreten, für die ich nicht volle und unwiderlegliche Beweise erbringen könnte. Ihr Vermögen befindet sich doch in den Händen des Freiherrn von Lottendorf, nicht wahr?“

„Ja! Ich habe ihm die selbstständige Verwaltung desselben übertragen!“

„Er aber hat es dazu verwendet, seine sehr beträchtlichen Schulden davon zu bezahlen!“

„Er hat es auf meinen Wunsch und mit meiner ausdrücklichen Ermächtigung gethan!“

„Und Sie wußten, auf eine wie große Summe sich diese Schulden belaufen?“

„Ich wußte es!“ erwiderte sie, obwohl ihr das Bewußtsein, eine Unwahrheit zu sagen, für einen Moment das Blut in die Wangen trieb. „Aber ich wußte nicht, daß Sie sich auch damit beschäftigen könnten, den Privatangelegenheiten Anderer nachzuspüren!“

„Ach, auf diesen Vorwurf bin ich gefaßt gewesen, und er selbst vermag mich nicht von der Durchführung meines einmal gefaßten Vorhabens abzubringen. Ihnen beizuhelfen! Sie sagen also, daß Ihr Verlobter mit Ihrer Einwilligung seine Schulden von Ihrem Erbtheil bezahlt habe, und da Sie freie Verfügung über dasselbe besitzen, so ist dieser Punkt meiner Rithselungen erledigt. Aber geschieht es etwa auch mit Ihrer Einwilligung, daß er Ihr Besitzthum in gewissenloser Weise mit leichtfertigen Bekanntheiten und in noch schlimmerer Gesellschaft verpraßt und vergeudet? Haben Sie ihm auch dazu Ihre Zu-

stimmung gegeben, daß er Sie in höhnlichem Vertrauen auf Ihren Glauben und Ihre Sanftmuth zur Bettlerin gemacht und sich vielleicht obendrein in der Gesellschaft seiner schändlichen Kumpane nicht entblödet, Ihre Ehre mit Füßen zu treten?“

„D halten Sie ein,“ sagte sie, ihre Augen mit der Hand bedeckend. „Schonen Sie mich! Was habe ich Ihnen denn gethan, daß Sie mir auch diese Qualen noch bereiten wäßen?“

Ihre Stimme klang herzergreifend, wie die eines hilfsehbenden Kindes, und der junge Mann, der da wenige Schritte von ihr entfernt regungslos mitten im Zimmer stand, mußte die ganze Festigkeit seines Charakters aufbieten und sich mit heroischer Selbstverleugnung alle Gebote der Ehre in's Gedächtnis zurückrufen, um nicht mit ausgebreiteten Armen auf sie zu stürzen, sie stürmisch an seine Brust zu reißen und sie dann mit seinen starken Händen bis zum letzten Athemzuge zu vertheidigen gegen Leben, der es wagen wollte, sie ihm wieder zu entreißen oder ihr auch nur den geringfügigsten Schimpf anzuthun.

Sein Gesicht war todtenblau und rothe Blutstropfen färbten seine Unterlippe; aber er blieb starr und standhaft und gab ihr seine Antwort auf ihre letzte Frage, die ihn bis in's innerste Herz hinein getroffen hatte.

„Ich fühle, daß ich Ihnen weß thun muß, Helene,“ sagte er, „und Gott ist mein Zeuge, daß ich mein Leben opfern möchte, wenn ich damit Ihnen und mir diese Zustände hätte eriparen können! Aber es ist unmöglich! Ich kann nicht als ein unthätiger Zuschauer dabei stehen, wenn Sie von einem erbärmlichen, herzlosen, selbsthätigen Vurken, der Ihrer Liebe niemals würdig gewesen ist, dem Verderben entzogengeführt werden. Ich kann es nicht, und selbst gegen Ihren Willen werde ich es zu verhindern wissen!“

Vielleicht hatte Helene in diesem Augenblicke etwas Anderes zu hören erwartet; vielleicht hatte sich in ihrem Herzen doch noch eine thörichte Hoffnung geregt, daß Verthold Alles, was sie einst getrennt, als ein Risikover-

rändniß werde auflären können, und die halb mittelde-volle Art, bei welcher er beharrte, weckte von Neuem ihren Siolz. Sie ließ die Hände vom Gesicht herabziehen und sagte, sich ihm zuwendend, mit würdevoller Haltung: „Schon zu lange verweilen wir bei der Erörterung eines Gegenstandes, dessen gerade zwischen Ihnen und mir niemals hätte Erwähnung geschehen sollen! Wenn ich auch aller Welt eine Genehmigung in mein Verhältniß zu dem Doktor von Lottendorf gestatten wollte, so müßte ich sie doch gerade Ihnen unter allen Umständen verlagan und ich brauche Ihnen gewiß nicht zu sagen, aus welchen Gründen. Um aber meinen Verlobten fernerhin vor allen Anschuldigungen sicherzustellen, die er nicht verdient, erkläre ich Ihnen, daß ich ihm mein Vermögen zu völlig freier Verfügung überlassen habe, daß er Niemand Redenschaft schuldig ist über die Verwendung desselben und daß — daß — er mir aus der Art dieser Verwendung sein — sein — Geheimniß macht!“

So gut er auch Helene's folgen und hochwürmigen Charakter kannte, auf eine derartige Entgegnung war er dennoch nicht gefaßt gewesen. Verthold wußte, daß sie den Freiherrn nicht lieben konnte, und er sah sie auch, die sie mit den letzten Worten eine Unwahrheit sagte, die seinen anderen Zweck hatte, als den, jenen Glenden und Unwürdigkeiten in Schutz zu nehmen. Rathlos, wie er die beiden Thatsachen miteinander in Einklang bringen sollte, schaute er sie an und sagte endlich: „Sie wissen also, daß er Ihr Vermögen vergeudet, daß er es mit völlig freien Händen zum Fenster hinauswirft?“

„Ja weß es!“

„Und daß er Sie täglich beschimpft durch die Wahl der Gesellschaft, in welcher er Abende und Nächte verbringt?“

„Auch das weiß ich!“

„Und Sie können dennoch einwilligen, die Gattin eines solchen Menschen zu werden? — Dann freilich habe ich nichts mehr zu sagen!“ Er vernetzte sich und wendete sich zur Thüre. (Fortsetzung folgt.)

Best, 19. Juni. Eine hier abgehaltene Versammlung von etwa 6000 sozialistischen Arbeitern erklärte sich für die Forderung der Trennung der Kirche vom Staat und für die Verstaatlichung der Schulen. Ein Antrag wurde angenommen, in welchem gegen die Vorkommnisse in hiesigen Protest erhoben wurde. Die Versammlung wurde aufgehoben, als ein Hebrer Wacht und Kapital in bestigter Weise anzugreifen begann.

Belgien.

Brüssel, 19. Juni. Die sozialistische Arbeiterpartei erachtet immer mehr in Belgien. So läßt sie jetzt in Brüssel im Mittelpunkt der Stadt auf einem für 90 000 Francs angekauften Terrain einen Palast der Arbeit, welcher weite Räume für Arbeiterzwecke und einen Festsaal für 2000 Personen enthält, erbauen. In dem Saal der sozialistischen Beirats seine vierte Volksapotheke eröffnet, welche den sozialistischen Mitgliedern unentgeltlich, allen anderen Personen billige Arzneien liefert.

Das Wahlsystem für den belgischen Senat ist noch immer nicht entschieden. Im Beisein des ganzen Ministeriums hat vorgestern die liberale Kammer die Senatsfrage einer entscheidenden Beratung unterzogen. Die Einführung des zweifachen Wahlsystems mit der Vertretung der Minderheiten und die Vertretung aller Interessen wurden gegen wenige Stimmen abgelehnt. Beschlossen wurde einstimmig, daß alle Wähler, die das 35. Lebensjahr vollendet haben, auch die Senatoren wählen sollen. Da infolge des jetzigen hohen Zensus nur 543 Belgier in den Senat wählbar sind, soll durch Herabsetzung des Zensus die Wählbarkeit erweitert werden. Nach diesen Beschlüssen wird sich somit der Senat nicht wesentlich verändern und ein Hemmschuh für die Kammer sein.

England.

Einen fürchterlichen Fluch für die Zivilisation nennt Gladstone, der englische Premierminister, den Militarismus. Es war im Unterhaus anlässlich eines Antrages auf Einführung internationaler Schiedsgerichte. Er erklärte sich dem Antrage sehr freundlich. Was Herr v. Caprivi zu der Keuserung des englischen Kollegen sagen wird? Freilich, unser Reichstagsler sieht ja keinen Militarismus. — Wir lassen hier einen kurzen Bericht über die Sitzung des Unterhauses folgen: Cremer brachte einen von Aubod unterstützten Antrag ein, welcher der Genugthuung darüber Ausdruck gibt, daß der Kongress der Vereinigten Staaten zu dem Abschluss eines Schiedsgerichtsvertrages mit einem anderen Staate, der dazu bereit ist, seine Ermächtigung erteilt habe, und die Hoffnung ausspricht, daß die Regierung von Großbritannien die erste Gelegenheit ergreifen werde, um über einen solchen Vertrag mit den Vereinigten Staaten in Verhandlung zu treten. Gladstone erklärte, der Militarismus sei ein furchtlicher Fluch für die Zivilisation und es sei ein noch ungeklärtes Problem, ob derselbe den Krieg verhindern oder fördere. Während sechs Jahre habe England vierzehn Fragen einem Schiedsgericht unterworfen und nur drei oder vier dieser Fragen seien zu Gunsten Englands entschieden worden. Er hoffe, daß in nicht ferner Zeit ein Schiedsgerichtsvertrag mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen werden könne. Die Schwierigkeit liege in dem verwickelten Zustande der Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten Europas. Was den Antrag Cremer's anlangt, so sei derselbe in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Er möchte an Stelle desselben folgenden Antrag setzen: Das Haus habe mit Genugthuung erfahren, daß der Kongress der Vereinigten Staaten den Präsidenten ermächtigt habe, von Zeit zu Zeit bei sich hinerder Gelegenheit andere Regierungen aufzufordern, freitrag Fragen einem Schiedsgericht zu unterbreiten. Das Unterhaus sympathisierte herzlich mit dem in Aussicht genommenen Zweck und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die englische Regierung der Regierung der Vereinigten Staaten die Mitwirkung auf dieser Basis gemäßen werde. Formelle Erklärungen zu Gunsten der Schiedsgerichte förderten den Frieden. England habe auch versucht, die Errichtung eines Zentralrates der Großmächte herbeizuführen, in welchem sich die rivalisierenden Selbstinteressen der verschiedenen Mächte neutralisieren dürften. England sollte kein Mögliches zur Einführung von Schiedsgerichten thun, aber der wahre Weg zur Förderung des Friedens sei eine gerechte, mäßige und rationale Veranschlagung der englischen Ansprüche. — Hierauf zog Cremer seinen Antrag zu Gunsten des von Gladstone formulierten Antrages zurück.

Aus Stadt und Land.

Dant, 21. Juni. Gestern Abend fand hier im Saale der „Reise“ eine Wählerversammlung statt, in welcher unser Reichstagskandidat Paul Hug über die bevorstehende Stichwahl im zweiten oldenburgischen Wahlkreise referierte. Seine Ausführungen behandelten hauptsächlich die Gegensätze zwischen der sozialdemokratischen und der deutschfreisinnigen Partei, sowie das jammervolle Verhalten der national-liberalen Mannesleuten, die nun enthusiastisch für die Wahl des ihnen so sehr verhassten freisinnigen Kandidaten Albert Träger Propaganda machten, trotz seiner Gegnerschaft zur Militärvorlage, nur um den gefährdeten Sozialdemokraten zu besiegen. Redner schloß mit einem warmen Appell an die Wähler, Alles aufzubieten, damit wir in diesem Stichwahlkampf ein ehrenvolles Resultat erzielen. Die Versammlung nahm den Vortrag mit großem Beifall auf und endete mit einem donnernden dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Dant, 21. Juni. Gestern machten die Kinder unserer Schulen nebst ihren Lehrern einen Ausflug nach dem Urwald, von wo sie vergnügt und guten Muthes gegen 8 Uhr Abends hier wieder anlangten.

Dant, 21. Juni. Folgende Kleinliche aber ungewöhnlich harte Entscheidung hat kürzlich das Kammergericht in Berlin getroffen: Jüngst wurde ein Schmiedemeister in Lehzen (Dannover) in Strafe genommen, weil er einigen seiner Geschäftsfreunde in Form eines Glases Bier oder eines Schnäpsschens eine kleine Erfrischung zu Theil werden ließ, selbstverständlich unentgeltlich. Er wurde, wie bereits bemerkt, von der zuständigen Polizeibehörde wegen unbefugten Ausschankes geistiger Getränke belangt. Das Kammergericht sah auch in diesem unentgeltlichen Ausschank die Ausübung eines Gewerbes (und zwar eines konsessionspflichtigen), da der Meister seinen Kunden die Getränke nur verabreicht habe, um sein Geschäft zu heben oder der Konkurrenz entgegenzuarbeiten. Darnach hätten Gewerbetreibende, welche ihren Kunden, zumal auswärtigen, eine kleine Erfrischung in Bier oder ein Schnäpsschens oder dergleichen mehr vorzulegen pflegen, alle Ursache, hierbei recht vorsichtig vorzugehen, denn sonst könnte ihre Menschenfreundlichkeit übel belohnt werden.

Wilhelmshaven, 21. Juni. Von der Marine. Kreuzerfregatte „Marie“, Kommand. Korvettenkapl. Frhr. v. Lynder, ist am 17. d. Mts. in Lima (Peru) angekommen und gedachte gestern die Reise nach Guayaquil und Panama fortzusetzen. — Zur Theilnahme an der diesjährigen Herbstflotte wird voraussichtlich die Kreuzerfregatte „Olga“ gegen Ende des Monats Juli in Dienst gestellt und von Dant nach Wilhelmshaven übergeführt werden. Die Belegung für diese Kreuzerfregatte wird die Nordflottille stellen. — Legten Montag fand die feierliche Beisetzung der beiden bei Curpagan kürzlich ertrunkenen Marineartilleristen statt. Der dritte Verunglückte, Bungart mit Namen, ist bis jetzt noch nicht aufgefunden.

Tomndorf, 21. Juni. Die gestern in Sadewasser's Lokal stattgehabene sozialdemokratische Wählerversammlung war von reichlich 300 Personen besucht. Herr Silberstein bildete als Referent beleuchtete in 1 1/2 stündiger Rede die gegenwärtige Situation und hob besonders den Unterschied hervor zwischen den beiden um das Mandat unseres Wahlkreises ringenden Kandidaten. Jetzt zeige es sich gerade bei der sogenannten freisinnigen Volkspartei in ihrem ganzen Thun und Treiben, daß sie dem Volke gegenüber auch nichts weiter ist, als ein Glied der reaktionären Masse, als eine Klasse, die nur ihr Sondritterinteresse vertritt, aber niemals das allgemeine Volkswohl im Auge behalte. Darum dürfe ein Arbeiter, Kleingewerbetreibender u. s. w. dem Vertreter einer derartigen Partei unter keinen Umständen die Stimme geben, weil die ganzen Versprechungen, auch die des Herrn Alb. Träger nichts als lauter Spiegelgläser seien. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. In der Diskussion sprach Herr Duden theils in demselben, theils in ergänzendem Sinne, namentlich das Gebahren der freisinnigen Volkspartei vor den Wahlen und jetzt festnagelnd. Er forderte sämtliche Anwesenden auf, die Säumigen aufzuweichen, sie aufzumuntern, damit sie am Tage der Stichwahl ihre Pflicht ausüben. Wenn ein Jeder seine Pflicht thäte, dann würden wir mit dem Resultat unserer Arbeit auch zufrieden sein. Mit einem begeisterten Hoch auf die Sozialdemokratie schloß die Versammlung.

Oldenburg, 20. Juni. Wir machen darauf aufmerksam, daß das Ober-Criag-Geschäft für den Aushebungsbezirk Stadt Oldenburg in diesem Jahre am Donnerstag, den 6. Juli d. J., und zwar Morgens 8 Uhr anfangen wird im Wirtshause „zum grauen Hof“ (Ab. Dooht), Alexanderstraße Nr. 1 hier selbst. Die beteiligten Militärpflichtigen haben sich hierzu bei Vermeidung der gesetzlichen Strafen und Nachtheile rechtzeitig einzufinden.

Oldenburg, 20. Juni. Für die Punktcorrektionsarbeiten ist jetzt ein neuer Wagger aus Dresden am Eisenbahnquai in Elsfleth eingetroffen. Derselbe wird nach Abhaltung eines Probegabners, welches in den nächsten Tagen vor der Punte stattfinden soll, im Punkte seine Thätigkeit beginnen und später im Grodenbüschel bei Lichtenberg Verwendung finden. Der Wagger ist so konstruirt, daß gleichzeitig zwei Schutten Waggererde aufnehmen können. Eine zweite neue Waggermaschine wird wahrscheinlich in nächster Woche eintreffen, so daß dann, den zur Zeit beim Bedehrer beschäftigten alten Wagger mitgerechnet, drei Wagger ihre korrigierende Thätigkeit ausüben können.

Oldenburg, 20. Juni. Die Diphterie, diese gefährlichste und heimtückischste Kinderkrankheit, tritt seit einigen Tagen in verschiedenen Stadttheilen auf und hat bereits so rasche an Umfang gewonnen, daß in mehreren Straßen kein Haus von ihr verschont ist. Die Krankheit tritt meist schwer auf, so daß sie vielfach einen tödtlichen Verlauf nimmt und das in ein bis zwei Tagen. Fast in allen Klassen der Schulen seihen Schüler, die an der gefährlichen Krankheit darnieder liegen.

Emden, 20. Juni. Im ersten ostfriesischen Wahlkreis erhielten nach dem amtlichen Ergebnis Graf Knypshausen (Bund der Landwirthe) 8060, von Hallk (natl.) 5307, Lang (frei) 1425, Hug (Soz.) 950 Stimmen. Somit wären die bisherigen Vertreter der beiden ostfriesischen Wahlkreise diesmal mit Glanz durchgefallen.

Waldes. (Einwas Heiteres aus der Wahlbewegung.) Auch die Antisemiten hielten im Colosseum eine öffentliche Wählerversammlung ab, worüber wir unseren Lesern einige Epochen nicht vorenthalten wollen. Der Vorst führte der Zeinender Dopp. Seine ganze Thätigkeit bestand darin, daß er lästlich die Worte in Bewegung setzte, ohne ein Wort zu reden. Der Hauptredner war ein gewisser Sänder aus Hamburg, der während seiner Rede u. a. nachher noch 3 Seidel Bier verzehrte, um der Versammlung begreiflich zu machen, daß er ein richtiger Biermann sei, der dem Grundsatze halber, „Die alten Deutschen, sie tranken immer noch ein“. Im Uebriem leistete er an faulen Wigen recht Großes, da aus der Versammlung öfter der Zwischenschrei „Zingsel-Zang!“

„Variété-Theater“ gehört wurde, wodurch die Situation ganz treffend gezeichnet wurde. Seine Ausführungen wurden oft durch ein furchtbares Geläch unterbrochen. Als Sänder sich auf in Angriffe gegen die Sozialdemokratie erging, stimmte ein Theil der Versammelten die Arbeiter-Marschall an und Sänder schlug mit der Hand den Taft bosu. Als die Halluzina zu groß wurde, ging die Versammlung so auseinander und Jeder nahm die Ueberzeugung mit, daß die Reden nicht ernst zu nehmen sind, daß die Antisemiten in Wirklichkeit den „Sozialismus der dummen Kerle“ vertreten.

Vermischtes.

Die Frau eines liberalen Wählers stellte an den Briefkasten der Oldenburger „Nachr. für Stadt und Land“ folgende Anfrage: „Lieber Dank! Mit den Sozialdemokraten wird's doch auch in unserm ruhigen Oldenburg immer ärger. Jetzt ist sogar Hug mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl gekommen. Der Erfolg der Sozialdemokraten, meint mein Mann, komme auch zum großen Theile daher, weil die Frauen der sozialdemokratischen Wähler ihre Männer ebenfalls aufhächeln und dafür sorgen, daß sie zur Wahlurne gehen, ja sogar mitgehen zum Wahllokal, damit der Mann nur ja das Wählen nicht vergißt. Sozialdemokratische Frauen! Dergleichen gab's doch früher nicht. Wo soll das wohl hinführen? — Werauf erwidert wird: „Du irrst aber sehr, wenn Du meinst, daß die sozialdemokratische Frau eine Erscheinung der Neuzeit ist. Sieh mal, so an Goa war eine recht demokratische Frau; sie hatte gleich mit der Schlinge einen demokratischen Klub gebildet, in welchem beschloffen wurde, auf den lieben Gott nichts zu geben, sich alles zu erlauben, was bis jetzt verboten war, den Reichsapfel herunterzureißen und zu verschlingen; dann ist sie gleich zu Adam gekommen mit einer Sturmpistole, er solle auch in den fauren Apfel beißen. Natürlich wurde so endlich die Langmut des Himmels erschöpft! Er verjagte das Paradies in Belagerungszustand, stellte einen Engel mit dem bloßen Schwert als Wache auf und erteilte eine Proklamation an die Bewohner des Paradieses, in welcher er nicht nur die Schuldigen, Goa und die Schlinge verurtheilte, sondern auch der gutgemeinten Adam mußte solidarisch die Untkosten bezahlen; zugleich wurde der Boden des Paradieses verpflucht, Adam und Goa ausgewiesen und die Zeitungen, von denen keiner keine mehr erhalten ist, sagten dann: die Ruhe herrscht im Paradiese! — Sie sehen also: die Frauen sind, wie immer, an allem Schuld, und Goa, die erste Frau, hat die Sozialdemokratie in die Welt gebracht.“

In einer Gerichtsverhandlung in Berlin gegen den bekannten Antisemiten Paasch wegen Verleumdung des Grafen Brandt, sowie eines höheren Beamten des auswärtigen Amtes, verurtheilte Paasch im Unterungesängnis im Zustande der Exaltation sich die Pulsadern zu öffnen. Die Verhandlung wurde auf 2 Stunden vertagt und der Gerichtshof mit der Untersuchung des Paasch beauftragt.

Aus Rülshausen wird unterm 15. Juni geschrieben: In der hiesigen Kunstausstellung bezug am Montag Abend ein kaum 20jähriger junger Mann einen Akt der schändlichsten Rohheit, indem er aus dem Gemälde Sinaldini's „Ein Rath“ einen Frauentyp herauschnitt, an dem er Gefallen fand. Der Verdict fiel sofort auf den richtigen Thäter, der, als er sich entdickte, den eben ausgeschnittenen Theil des Bildes in den Abort warf. Eines Abends hat er seinem Vater seine Schuld eingestanden, er ist in der Nacht auf und davon gegangen. Der Kunstverein steht aus Rücksicht auf die achtbaren Eltern des jungen Menschen von einer Verfolgung des Schuldigen ab, zumal der Vater den Schaden ersetzen will. Das Bild stand mit einem Werthe von 1200 M. im Katalog verzeichnet.

Paris, 19. Juni. In Nivignon sind zwei Personen an der Cholera gestorben. — Seit fünf Tagen heigerte sich die Hitze in Südfrankreich im Schatten auf 40 Grad Celsius, in Paris auf 32, in der Umgebung auf 36 Grad.

Ein französisches Kriegsschiff ist bei Nigama an der Küste von China in die Luft zerfallen. Die Explosion tötete ein Küstendorf in Brand, wobei 60 Häuser niederbrannten und 17 Personen umkamen.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. S. B. Dier's Verlag) ist soeben das 38. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ein verdienter Erfolg. — R. E. Latreuil. — Brief aus Amerika. Von J. H. Sorge. — Die Weltanschauung Henri Jöns's. Von R. Sattisch (Bern). — Zu „Die Nationalisirung der Gesundheitspflege“. — Literarisches Rundschau. — Feuilleton: Die sozialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren. Von Dr. Paul Gmhl. (Jochsburg).

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. S. B. Dier's Verlag) ist soeben die Nr. 12 des 3. Jahrgangs herausgegeben. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Wahlrecht. — Wehrecht. — Pariser und Heuchler. — Die Sozialdemokratie. — Feuilleton: Das Korn. Von Graf Leo Tolstoi. — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1893 unter Nr. 2809) beträgt der Abonnement-Preis vierteljährlich ohne Postgebühren 55 Pf.; unter Kreuzband 65 Pf. Inzeratenpreis die dreizehnpennige Zeilzeile 20 Pf.

Dichtung.

Für den Wahlsond hingener ein: Von den Getreuen aus Heppens 51,50 M., darunter vom dummen Reich 1 M. und von M. 0,50 M., von denselben bei einer amerikanischen Kution eines Spasistisches 9,15 M., bei einer amerikanischen Kution einiger Rauten 6,70 M., von M. 0,15 M., auf Seite 51 durch M. 24. 8,20 M., von den drei röhren Rauten 2 M. Der Vertrauensmann.

Schwasser.

Donnerstag den 22. Juni Vorm. 7,17, Nachm. 7,38.

500 Verpachtung.

Veränderter Geschäftsverhältnisse halber beabsichtigt Herr Schenkewitz **L. Thumann** hierseits sein hier, belogenes Immobilien zum beliebigen Antritt öffentlich meistbietend auf mehrere Jahre zu verpachten.

Pacht Liebhaber werden gebeten, sich zu dem auf

Montag den 28. Juni d. J. Abends 7 Uhr

angelegten Termine in der zu verpachtenden Wirtschaft einzufinden zu wollen.

Seppens, 20. Juni 1893.

H. Reiners.

In Konkursachen über das Vermögen des Kaufmanns **Carl Zeck** zu Bant ist noch

eine neue große Laden-Einrichtung mit Treppen zu verkaufen.

Reflektanten wollen sich wenden an

Emil Müller,
Konkursverwalter.

Sever, Juni 1893.

Die noch vorrätigen

Damen- u. Mädchen-Blousen

verkaufe zur Hälfte des Preises.

Anton Brust, Bant.

Reinwollene

Kleiderstoffe

(Matlasse-Muster)

extra schwere Qualität, in 20 Farben, für den Ausnahmepreis von **1.25 p. Meter.**

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Schweres

Hemdentuch

84 Centimeter breit

Meter **25 Pfg.**

Wilh. Spoting,
Elsch.

Glocken-Gaze

— in schwarz und grau —
pro Meter **35 Pfennig.**

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Einen Posten

dunklen Druckkattun

(Blaudruck)

breite, beste Waare, verkaufe pro Meter zu **40 Pfg.**

Anton Brust, Bant.

Knaben-Anzüge

große Auswahl, haltbare Stoffe, hübsche Façons, Preise mäßig.

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Großes Gewerkschaftsfest

in Bremerhaven

Sonntag den 25. Juni d. J., Nachmittags von 3 Uhr an in dem prachtvoll gelegenen **Speckenbütler Gehöls** 5 Minuten von der Herbedehagnation entfernt.

Programm.

- I. Nachmittags 2 1/2 Uhr: **Aufstellung des Festzuges** auf dem Siegesplatze zu Bremerhaven.
- II. **Abmarsch** nach dem Festplatze durch Lehe präzis 3 Uhr.
- III. **Festrede**, gehalten von **J. D. Schmalfeldt**, Bremerhaven.
- IV. **Großes Konzert**, unter Mitwirkung mehrerer Gesangsvereine.
- V. **Volkshelufigungen jeder Art.**
- VI. **Großer Festball.** Entree Herren 20 Pfg., Damen 10 Pfg.

Das Festkomitee hat Alles aufgeboten, um das Fest zu einem wahren Volksfeste zu gestalten und ladet hiermit alle Gewerkschaften von Nah und Fern freundlich ein. NB. Sämtliche auswärtigen Vereine werden ersucht, spätestens Nachmittags 2 Uhr in Bremerhaven zu erscheinen; die Festkomitee-Mitglieder sind am Bahnhofer, sowie an den Landungsplätzen der Schiffe durch Abzeichen zu erkennen.

Solcherige Beteiligung wünscht die **Gewerkschaftskommission Bremerhaven u. Umgegend.**

J. K. & Rauer.
Nähere Auskunft erteilt **H. Müller, Bremerhaven, Deich 70.**

Central-Herberge

Geestemünde, Ludwigstrasse.

Neu eröffnet.

Keine Betten. — Gute Speisen und Getränke. — Bade-Einrichtung.

A. Bauers.

Mit dem heutigen Tage übertrag ich dem Herrn Restaurateur **H. H. Lückener** in Bant, Annenstraße 5, für Bant, Wilhelmshaven und Umgegend den

Verlag meiner Brauereiprodukte.
A. Rolinck,
Brauereibesitzer in Burgsteinfurt.

Mit Bezugnahme auf obige Anzeige offerire ich

hochf. helles, gelbfarb. u. dunkles Lagerbier in Fässern und Flaschen.

H. H. Lückener,
Bierverleger in Bant.

Möbel-Magazin Fr. Diez.



Solz-Bettstellen nicht vom Konkurrenten gebadens, sondern aus Linderte von Tischlern gearbeitete Bettstellen, sowie fertige Betten, ein- und zweischläftig, liefere in allen Preislagen je nach Wahl der Stoffe, Federn und Daunen. — **Sophas, Matrasen** werden nur in guter dauerhafter Arbeit aus bestem Material in eigener Werkstätte angefertigt und übernehme ich die weitgehendsten Garantien für sämtliche von mir gelieferten Sachen.

Fr. Diez, Sattler und Tapezier,
Roonstrasse 15.

Wirthschafts-Empfehlung.

Den verehrlichen Familien und Vereinen halte meine

Restoration mit Garten und Kinder-Spielplatz

bestens empfohlen. Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt und bitte um geneigten Zuspruch. Achtungsvoll

H. Hayen, Lindenhof b. Mariensiel
vis-à-vis dem Pulverschuppen.

Verantwortlich für die Redaktion: G. Duben; Druck und Verlag: Paul Hug in Bant.

Gesucht auf sofort ein durchaus tüchtiger **Barbieregehilfe** gegen gute Bezahlung.

Hofmann,
Barbier und Friseur,
N. Wilhelmshavenerstraße.

Gesucht

auf sofort ein zuverlässiger **Kocharbeiter.** Derselbe erhält bleibende Stellung auf Stück oder Wochenlohn gegen guten Verdienst.
Gotfr. Meyer, Schneidermeister,
Wilhelmshaven.

Malergehilfen

auf sofort gesucht.
B. Caspers, Tombeich, Karstr. 9.

Die Beleidigung

gegen die Wittve **G. Danik** nehme ich hiermit zurück.
F. Belleri.

5000 Meter prima Bett-Atlas
federdicht in echten Farben
Meter 90 Pfg.
Die Waare liegt in unseren Schaufenstern zur Ansicht aus.
Wulf & Francksen.

Starkfädige, waschechte Kleider- u. Schürzen-Kattune

nur die beste Qualität, 84 cm breit pro Meter **35 Pfg.**

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Einen Posten helle dickfädige

Kattune

Meter **30 Pfg.**
Anton Brust, Bant.

Nach Maass

liefere einen tabellos figenden **echt blauen Herren-Cheviot-Anzug** reine Wolle, beste Qualität

für **30 Mark.**

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.

Einen sehr grossen Bestand reitwollenen

schwarzen Cachemir

130 cm breit, extra schwere Qualität zu **Ausnahmepreisen.**

B. H. Bührmann,
Wilhelmshaven.